

Betreff:

Bargeldversorgung
-Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen-

Antragstext:

Die Gesellschaft wird weltweit immer digitaler, was sich auch in der Nutzung technologiebasierter Finanzdienstleistungen spiegelt. Überweisungen werden signifikant häufiger online getätigt als noch vor einigen Jahren, wobei vor allem Bequemlichkeits- und zeitsparende Aspekte eine große Rolle spielen. Die Konsumentinnen und Konsumenten zahlen zunehmend seltener mit Bargeld, sondern mit Kredit- oder Debitkarten, kontaktlos, per App oder per Smartwatch. Parallel dazu zeigt sich eine Entwicklung dahingehend, dass viele Geschäfte, Kaufhäuser und Dienstleister ihr Spektrum akzeptierter Bezahlmethoden für die Kunden ausgeweitet, d.h. sich technisch angepasst haben. Bundesweite Pilotprojekte und städtische Initiativen gehen so weit, dass beispielsweise in der münsterländischen Stadt Ahaus selbst Kioske und kleine Cafés die Möglichkeit anbieten, über Apps zu bezahlen. Im Februar dieses Jahres stellte die CDU Fraktion bereits einen Antrag an den Magistrat, der sich mit den Möglichkeiten des bargeldlosen Zahlungsverkehrs innerhalb der Stadtverwaltung befasste (mit einem besonderen Augenmerk auf ESWE Verkehr). So geartete technische Innovationen sind grundsätzlich begrüßenswert, da sie die Forderungen digitalaffiner Milieus bedienen und zügige, bequeme Zahlungen gewährleisten. Auch die Betreiber kleiner Läden und Geschäfte bewerten bargeldlose Zahlungen grundsätzlich positiv, da die Bargeldversorgung, das abendliche Einzahlen der Münzen und der gesamte Verkehr für die Unternehmen in der Regel deutlich teurer sind, als digitale Zahlungsvorgänge¹.

Allerdings ist die Akzeptanz des bargeldlosen Zahlungsverkehrs längst nicht bei allen Bürgern gegeben. Insbesondere ältere Menschen empfinden digitale Finanz-transaktionen im Alltag als befremdlich und betrachten diese Art zu zahlen nicht als Alternative. Darüber hinaus ist die Filiale für viele (ältere) Menschen der einzige Ort, um an Bargeld zu kommen. Wenn Bankfilialen zunehmend schließen, verschwindet somit auch gleichzeitig die Möglichkeit des Austauschs und der Beratung durch Mitarbeiter, was für viele Bürger im Alltag allerdings unerlässlich ist.

Die Zahl der Bankfilialen in Deutschland schrumpft seit über einer Dekade kontinuierlich. Gab es im Jahr 2006 noch rund 43.000 Bankfilialen, waren es im letzten Jahr nur noch ca. 29.000. Im Jahr 2025 werden es voraussichtlich weniger als 20.000 sein².

¹ Bargeldversorgung auf dem Land, abrufbar unter: <https://kommunal.de/bank-bargeldversorgung>

² Filialsterben unter Banken beschleunigt sich, abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/bundesbank-bericht-filialsterben-der-banken-und-sparkassen-beschleunigt-sich/24525966.html>

Antrag Nr. 19-F-21-0055
SPD, CDU, Grüne

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und zu berichten, wie sich die Bargeldversorgung in Wiesbaden (mit dem Schwerpunkt ländlicher Raum) bezogen auf die Anzahl der Bankfilialen im Laufe der letzten fünf Jahre entwickelt hat. In diesem Zusammenhang möge auch über die Möglichkeiten der Bargeldabhebung in Supermärkten und Discountern berichtet werden.
2. zu prüfen und zu berichten, wie sowohl die Bargeldversorgung als auch finanzspezifische Beratungsleistungen der in Wiesbaden ansässigen Kreditinstituten für jeden Bürger auch künftig sichergestellt werden können.
3. zu prüfen und zu berichten, ob es ein Projekt aus dem Bereich Fintech, wie es in Ahaus durchgeführt wurde, auch für Wiesbaden erstrebenswert fände - und falls nein, warum nicht.
4. zu prüfen und zu berichten, wie ein solches Pilotprojekt in Bezug auf eventuelle Partnerunternehmen und -Initiativen sowie Umfang und Dauer konkret ausgestaltet werden könnte.

Wiesbaden, 26.11.2019

Dr. Bernd Wittkowski
Fraktionsvorsitzender

Caroline Bosbach
Fraktionsreferentin

Hendrik Seipel-Rotter
Fachsprecher

Linda Marschall
Fraktionsreferentin

Michaela Apel
Fachsprecherin

Alexander Hofmann
Fraktionsreferent